



**ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE
DER VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT
FÜR RECHT, MANAGEMENT UND INNOVATION**

PROGRAMM 2022

**SEMINARE, WORKSHOPS UND UPDATES
FÜR VERWALTUNGSRICHTER*INNEN**



SEMINAR

MEDIENTRAINING FÜR PRÄSIDENT*INNEN UND PRESSESPRECHER*INNEN

Richter*innen der Verwaltungsgerichte stehen heute häufig in der Öffentlichkeit und sind Interviewpartner*innen diverser Medien. Das Medientraining bereitet auf derartige öffentliche Auftritte professionell vor. Trainiert wird das richtige Verhalten im Interview. Dazu werden rhetorische und taktische Maßnahmen vermittelt, die es Ihnen ermöglichen, Ihre gewünschten Inhalte kurz, präzise und überzeugend zu platzieren. Im Rahmen des Trainings werden gängige Interviewsituationen (unterschiedliche Radio- und Fernsehinterviews, Studiokonfrontation) zu Themen aus der verwaltungsgerichtlichen Praxis professionell nachgestellt. Darüber erhalten Sie einen tiefen Einblick in die Arbeits- und Denkweise von Journalist*innen. Bei diesem Training steht inhaltliche Sicherheit im Interview an erster Stelle. Authentizität ist das Ziel.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in: 800 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Journalistische Absichten zeitgerecht erkennen – so denken Journalist*innen
- Professionelle Vorbereitung mit Intomedia-Checklisten
- Mit einfachen Worten komplizierte Dinge darstellen – so machen Sie Ihren Standpunkt klar
- Dreiblocktechnik – in 20 Sekunden am Punkt
- Trotz Stress konzentriert bleiben
- Verhalten am Set – Körpersprache, Outfit und Etikettierung

Das Unternehmen Intomedia bereitet jährlich rund 1200 Menschen auf Interviews vor. Es verfügt über eigene Radio- und TV-Studios und eine umfangreiche technische Ausstattung, wodurch das Training in Originalsettings stattfinden kann.

Termin

24. Februar 2022, 09.00 - 17.00 Uhr
(Es werden gleichzeitig zwei Kurse mit je 6 Plätzen angeboten)

Veranstaltungsort

Intomedia Medientraining GmbH,
Mariahilfer Straße 109/15, 1060 Wien

Referenten

- **Jürgen Kulscar**, Intomedia
- **Stefan Wagner**, Intomedia

Teilnehmer*innen

Präsident*innen und Pressesprecher*innen,
maximale Teilnehmer*innenzahl: 6 Personen/
Kurs

Anmeldung

bis 31. Jänner 2022 über Ihr Präsidium
T: +43 732 2468 1879
verwaltungsgerichte@jku.at

COVID-19 IMPFPFLICHT

Die COVID-19-Pandemie brachte bereits eine erhebliche Welle an rechtlichen Reaktionen mit sich, was sich nicht zuletzt auch in der Schaffung der einschlägigen Vorschläge zur Etablierung der bundesweiten Impfpflicht abbildet. Vor dem Hintergrund damit verbundener Verwaltungsstrafverfahren kommt auch den Verwaltungsgerichten eine tragende rechtsstaatliche Rolle zu. Das Update zur COVID-19-Impfpflicht gibt einen umfassenden Überblick über aktuelle brisante Fragestellungen einer Impfpflicht wie in der vorgeschlagenen Gestalt und bietet Gelegenheit zum Austausch aufgrund von möglichen Problemstellungen in der Praxis.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in: 190 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Verfassungsrechtliche Fragen der Impfpflicht
- Regelungskonzept
- Verwaltungsstrafrechtliche Fragen der Impfpflicht
- Ausnahmen von der Impfpflicht

Termin

02. März 2022, 09.30 - 14.00 Uhr

Veranstaltungsort

Digitale Akademie (Videokonferenz, ZOOM)

Referenten

- **Dr. Mathis Fister**, Univ.-Prof. für Öffentliches Recht, JKU Linz, Rechtsanwalt und Partner der Tschurtschenthaler Walder Fister Rechtsanwälte GmbH Klagenfurt/Wien
- **Dr. Andreas Janko**, Univ.-Prof. für Öffentliches Recht, Vizedekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, JKU Linz

Anmeldung

bis 20. Februar 2022 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 1879

verwaltungsgerichte@jku.at

AKTUELLES ZUM VERWALTUNGSSTRAF- RECHT

Das Update bietet einen Aufriss über aktuelle Fragestellungen des Verwaltungsstrafrechts. Im Mittelpunkt stehen die neuesten Rechtsentwicklungen sowie die jüngere Rechtsprechung des VwGH, VfGH und EuGH. Darüber hinaus wird mit dem Update die Gelegenheit zum fachlichen Austausch über praktische Problemstellungen geboten.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in: 270 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Jüngere Entwicklungen bei der Strafbarkeit juristischer Personen
- Aktuelle Schwerpunktfragen: Doppelbestrafung insbesondere im Arbeitnehmerschutz-, Tierschutz- und Verkehrsrecht, Fragen der Alkohol- und Drogenlenker, Abgrenzung Einzeldelikt zu „Dauerdelikt bzw fortgesetztem Delikt“
- COVID-19-Verwaltungsstrafrecht, verwaltungsstrafrechtliche Sanktionierung der COVID-19-Impflicht
- Jüngere Einflüsse des Unionsrechts auf das Verwaltungsstrafverfahren

Termin

17. März 2022, 09.00 - 17.00 Uhr

Veranstaltungsort

Landesverwaltungsgericht OÖ,
Volksgartenstraße 14, 4020 Linz

Referent*innen

- **Dr. Mathis Fister**, Univ.-Prof. für Öffentliches Recht, JKU Linz, Rechtsanwalt und Partner der Tschurtschenthaler Walder Fister Rechtsanwälte GmbH Klagenfurt/Wien
- **Dr. Wolfgang Köller**, Senatspräsident des VwGH
- **Dr.in Johanna Weilguni**, Referentin beim Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Verfassungsdienst

Anmeldung

bis 25. Februar 2022 über Ihr Präsidium
T: +43 732 2468 1879
verwaltungsgerichte@jku.at

INSTRUMENTE DER PERSONALAUSWAHL FÜR MITGLIEDER DER PERSONALAUSWAHL GREMIEN

(Erfahrungen aus den Personalauswahlgremien)

Der Berufszugang zum Verwaltungsrichter/zur Verwaltungsrichterin ist vergleichsweise offen und ermöglicht den Verwaltungsgerichten, aus einer großen Zahl an Praktiker*innen aus den unterschiedlichsten Bereichen auszuwählen.

Da die treffsichere Auswahl von erfahrenen Persönlichkeiten ein zentraler Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Verwaltungsgerichtsbarkeit ist, sollen im Rahmen dieses Seminars Instrumente der Personalauswahl vorgestellt und diskutiert werden sowie Erfahrungen für eine erfolgreiche Personalauswahl ausgetauscht werden.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in: 270 EUR

Termin

24. März 2022, 09.00 – 17.00 Uhr

Veranstaltungsort

Landesverwaltungsgericht OÖ,
Volksgartenstraße 14, 4020 Linz

Referent

■ **Dr. Kurt Baumgart**, Geschäftsführender
Gesellschafter der VIP Consulting for
Management OG, [http://www.vipconsulting.
at/baumgart.html](http://www.vipconsulting.at/baumgart.html)

Moderation

■ **Dr. Markus Grubner**, Vizepräsident des LVwG
NÖ, Hon.-Prof.

Inputs

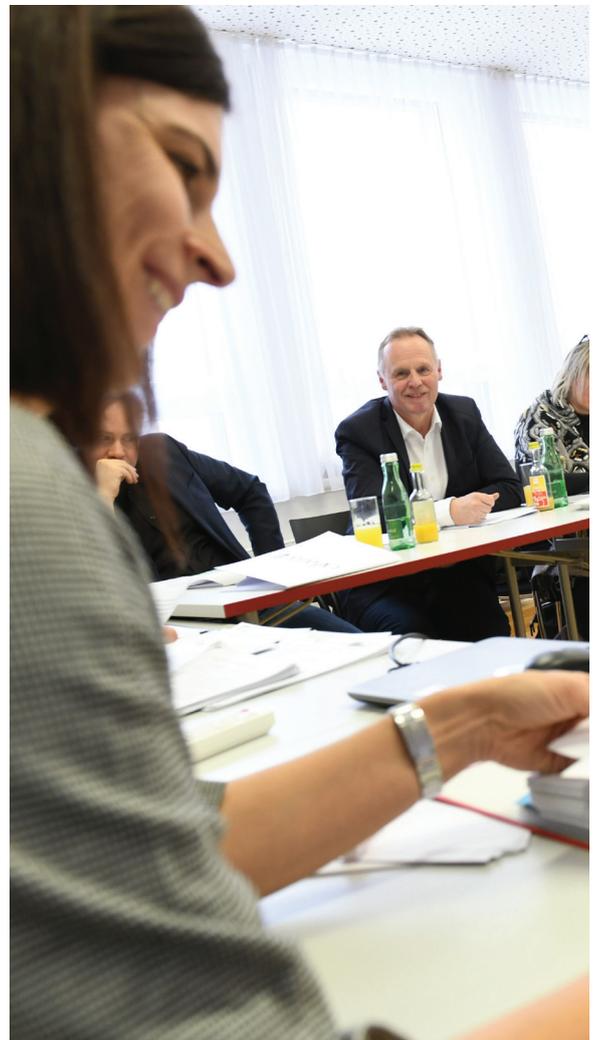
- **Dr. Erich Dietachmair**, Präsident des
OLG Linz
- **Dr. Peter Doblinger**, Präsidialvorstand und
Hofrat des VwGH
- **Mag. Harald Perl**, Präsident des BVwG

Anmeldung

bis 20. Februar 2022 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 1879

verwaltungsgerichte@jku.at



BAURECHT

Das Update „Baurecht“ gibt einen Überblick über die aktuelle Rechtsprechung des VwGH und VfGH zum Raumordnungs- und Baurecht. Darüber hinaus soll das Update insbesondere einen Erfahrungsaustausch zwischen den Verwaltungsgerichten ermöglichen.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in: 190 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Rolle der Verwaltungsgerichte bei der Prüfung von Flächenwidmungsplänen
- Aktuelle Judikatur des VwGH in Bausachen
- Erörterung von baurechtlichen Problemen anhand von Fragestellungen der Teilnehmer*innen

Um die Veranstaltung möglichst im Sinne der Bedürfnisse der Praxis gestalten zu können, werden die Teilnehmer*innen ersucht, bis 6. März 2022 konkrete Beispiele aus Ihrer Entscheidungstätigkeit, die Ihnen diskussionswürdig erscheinen, per E-Mail an verwaltungsgerichte@jku.at zu übermitteln.

Termin

06. April 2022, 09.00 – 14.30 Uhr

Veranstaltungsort

Digitale Akademie (Videokonferenz, ZOOM)

Referent*in

- **MMMag.^a Dr.ⁱⁿ Barbara Leitl-Staudinger**,
Univ.-Prof.ⁱⁿ für Öffentliches Recht, JKU Linz
und Ersatzmitglied des VfGH
- **Dr. Martin Köhler**, Senatspräsident des VwGH

Anmeldung

bis 10. März 2022 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 1879

verwaltungsgerichte@jku.at

DAS KINDESWOHL

IM VERWALTUNGSGERICHTLICHEN VERFAHREN - TEIL 2

Nicht nur, aber insbesondere auch im asyl- und fremdenrechtlichen Verfahren sind Verwaltungsgerichte regelmäßig gefordert, ihre Entscheidungen (auch) an Maßstäben des Kindeswohls auszurichten. Die vorliegende zweigliedrige Veranstaltung soll Verwaltungsrichter*innen bei dieser oft sehr komplexen Abwägungsentscheidung Handreichungen nicht nur zu den dahinterstehenden rechtlichen Grundlagen, sondern vor allem auch bei der praktischen Durchführung bieten.

Während der Teil 1 am 17. November 2021 den rechtlichen Grundlagen des Kindeswohls und seiner Berücksichtigung im Verfahren gewidmet war, werden im Teil 2 Fragen des Umgangs mit Kindern in Verhandlungssituationen sowie psychologische Aspekte des Kindeswohls in den Mittelpunkt gerückt.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in 270 EUR* / 170 EUR**

* für beide Teile / ** für den 2. Teil

ZENTRALE THEMEN

THEMA MIT DSA^{IN} CHRISTINE BODENDORFER

- Praktischer Umgang mit Kindern in der Verhandlungssituation unter Berücksichtigung von Trauma und Belastung

THEMEN MIT MMAG.^A DR.^{IN} ILSE KOZA, MAG.^A SUSANNE STOKREITER-STRAU, MA UND DR.^{IN} FRANZISKA HARTL

- Umgang mit Minderjährigen in der Verhandlungssituation; Besonderheiten der Einvernahme
- Psychologische Aspekte des Kindeswohls
- Kindeswohlabwägung in der Praxis der Kinder- und Jugendwohlfahrt, insbesondere beim Umgang mit (unbegleiteten) minderjährigen Flüchtlingen

Termine:

07. April 2022, 8.30 - 17.15 Uhr

Veranstaltungsort:

- Bundesverwaltungsgericht
Erdbergstraße 192/196, 1030 Wien

Referentinnen:

- **MMag.^a Dr.ⁱⁿ Ilse Koza**, Richterin des Bezirksgerichtes Innere Stadt
- **Mag.^a Susanne Stokreiter-Strau, MA**, Bereichsleitung Jugend und Soziales, Bezirkshauptmannschaft Baden
- **DSAⁱⁿ Christine Bodendorfer**, Psychotherapeutin
- **Dr.ⁱⁿ Franziska Hartl**, klinische Psychologin

Anmeldung

Die Anmeldung erfolgte automatisch mit der Anmeldung zum Teil 1. Eine gesonderte Anmeldung ist daher für bereits angemeldete Richter*innen nicht erforderlich.

Es ist darüber hinaus auch eine Anmeldung von Richter*innen möglich, die am Teil 1 nicht teilgenommen haben. Bitte melden Sie sich bis 15. März 2022 über Ihr Präsidium an.

T: +43 732 2468 1879
verwaltungsgerichte@jku.at

SEMINAR

SITZUNGSPOLIZEI UND DEESKALATIONSTRAINING

Der Richter und die Richterin sind die Kapitäne im Gerichtssaal – er/sie hat das Kommando!

Anke Sembacher, Richterin des Verwaltungsgerichtshofes, und Wolfgang Bachler, ehemaliger Kommandant der österreichischen Anti-Terror-Einheit Cobra, bieten in einem kompakten Seminar Input, um in schwierigen Situationen die Kontrolle zu behalten und die notwendigen Konsequenzen formal und taktisch richtig zu setzen. Das Seminar zeigt dazu rechtliche Möglichkeiten der Sitzungspolizei sowie psychologische Aspekte auf.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in: 270 EUR

Termin

voraussichtlich April 2022, 09.00 - 17.00 Uhr

Veranstaltungsort

Bildungshaus St. Hippolyt,
Eybnerstraße 5, 3100 St. Pölten

Referent*in

- **Dr.ⁱⁿ Anke Sembacher**, Hofrätin des VwGH
- **Dr. Wolfgang Bachler**, Geschäftsführer der bachler & partners crisis and security consulting GmbH, ehemaliger Kommandant der österreichischen Anti-Terror-Einheit Cobra

Anmeldung

bis 15. März 2022 über Ihr Präsidium
T: +43 732 2468 1879
verwaltungsgerichte@jku.at

STAATSBÜRGERSCHAFTS- RECHT

Das Seminar behandelt anhand von Vorträgen und Diskussionen neueste Entwicklungen in der Rechtslage und in der aktuellen Rechtsprechung des VwGH, des VfGH und des EuGH zum Staatsbürgerschaftsrecht. Es soll darüber hinaus einen Erfahrungsaustausch zwischen den Verwaltungsgerichten ermöglichen.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in: 190 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Vorstellung der jüngeren Rechtsprechung des VwGH zum StbG (betreffend Widerruf der Zusicherung und Unionsrecht, unionsrechtlich gebotene Verhältnismäßigkeitsprüfung, Fragen des hinreichend gesicherten Lebensunterhalts, geschützte Grundwertungen des österreichischen Rechts, neuer Entziehungstatbestand aktive Teilnahme an Kampfhandlungen, Prüfung der Identität des Verleihungswerbers, Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft, Finanzvergehen, Verleihung im besonderen Interesse der Republik etc.
- Neueste Entwicklungen in Gesetzgebung und Vollziehung
- Politische Vorhaben im Bereich des Staatsbürgerschafts- und Migrationsrechts
- Grundrechtliche Implikationen des Staatsbürgerschaftsrechts (EMRK, GRC, BVG Kinderrechte)

Termin

17. Mai 2022, 09.30 – 14.00 Uhr

Veranstaltungsort

Verwaltungsgericht Wien,
Muthgasse 62, 1190 Wien

Referenten

- **Dr. Christoph Kleiser**, Hofrat des VwGH
- **MMag. Dr. Andreas Wimmer**, Univ.-Prof. für Öffentliches Recht, JKU Linz

Anmeldung

bis 15. April 2022 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 1879

verwaltungsgerichte@jku.at

URTEILSTECHNIK UND UPDATE VERFAHRENSRECHT

Am Ende des Verfahrens vor den Verwaltungsgerichten steht deren Erkenntnis oder Beschluss. Diese „Urteile“ der Verwaltungsgerichte haben nicht nur dem materiellen Recht, sondern auch den verfahrensrechtlichen Anforderungen insbesondere (vgl auch § 25a VwGG) der §§ 28 ff VwGVG zu entsprechen. Die damit einhergehenden Rechts- und Praxisprobleme beginnen mit der zum Teil bereits vieldiskutierten und -judizierten Frage, ob eine formale oder inhaltliche Entscheidung zu treffen ist. Darauf bauen verschiedene weitere – auch „urteilstechnische“ – Themenstellungen auf, wie zB:

- Wie ist der jeweilige Spruch zu gestalten?
- Wie weit reichen die Anforderungen an die Begründung und wie sollte diese aufgebaut sein?

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in: 270 EUR

ZENTRALE THEMEN

Die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte bilden – in bewährter Weise – zumindest den Ausgangspunkt des Workshops. Darüber hinaus können nach Bedarf (zB aufgrund neuerer höchstgerichtlicher Rechtsprechung) auch noch andere aktuelle Verfahrensrechtsfragen behandelt werden.

Entsprechend dem Veranstaltungsformat sollen im Rahmen des Workshops nicht nur die rechtlichen Grundlagen präsentiert, sondern auch aktuelle Fallkonstellationen gemeinsam erarbeitet, diskutiert und gelöst werden. Um die Veranstaltung möglichst im Sinne der Bedürfnisse der Praxis gestalten zu können, werden die Teilnehmer*innen ersucht, den Referenten (verwaltungsggerichte@jku.at) bis 20. April 2022 konkrete Beispiele aus Ihrer Entscheidungstätigkeit zukommen zu lassen, die Ihnen diskussionswürdig erscheinen.

Termin

18. Mai 2022, 09.30 – 17.00 Uhr

Veranstaltungsort

LVwG Salzburg, Wasserfeldstraße 30, 5020 Salzburg

Referenten

- **Dr. Hans-Peter Lehofer**, Hofrat des VwGH, Hon.-Prof. für Öffentliches Recht, WU Wien
- **Dr. David Leeb**, Univ.-Prof. für Öffentliches Recht, JKU Linz

Anmeldung

bis 18. April 2022 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 1879

verwaltungsggerichte@jku.at

AKTUELLE RECHTSPRECHUNG DES VfGH UND NORMPRÜFUNGSANTRÄGE AN DEN VfGH

Die Grundrechte spielen in Verfahren vor den Verwaltungsgerichten eine zentrale Rolle. Zum einen sind die Gerichte selbst bei der Verfahrensführung an die Justizgrundrechte gebunden. Zum anderen sind die Grundrechte bei der inhaltlichen Entscheidung zu berücksichtigen; auch Verwaltungsgerichte sind Grundrechtsgerichte. Sie haben bei grundrechtlichen Bedenken gegen die von ihnen anzuwendenden Rechtsvorschriften einen Normenkontrollantrag an den Verfassungsgerichtshof zu stellen.

Der Workshop beleuchtet die verschiedenen Wirkungen der Grundrechte und geht dabei neben den Grundrechten des österreichischen Verfassungsrechts auch auf die Gewährleistungen der EU-Grundrechte-Charta und ihre Geltung im österreichischen Recht ein. Erörtert werden darüber hinaus die Anforderungen an Normenkontrollanträge an den Verfassungsgerichtshof.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in: 270 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Aktuelle Entwicklungen in der Rechtsprechung des EGMR, des EuGH und des VfGH mit besonderer Bedeutung für die Verwaltungsgerichte
- Die Gewährleistung von Verfahrensgrundrechten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Die Bedeutung der EU-Grundrechte-Charta für die Rechtsprechung in Österreich
- Voraussetzung und Form von Normenkontrollanträgen an den Verfassungsgerichtshof: Grundlagen und aktuelle Entwicklungen
- Die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsgerichten und dem Verfassungsgerichtshof zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes

Termin

31. Mai 2022, 09.30 - 17.00 Uhr

Veranstaltungsort

VfGH, Freyung 8, 1010 Wien

Referent*in

- **Dr. Helmut Hörtenhuber**, Hon.-Prof. für Öffentliches Recht, JKU Linz, Mitglied des VfGH
- **Dr.ⁱⁿ Katharina Pabel**, Univ.-Prof.ⁱⁿ für Öffentliches Recht, WU Wien

Anmeldung

bis 15. April 2022 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 1879

verwaltungsgerichte@jku.at

NIEDERLASSUNGS- UND AUFENTHALTSGESETZ

Das Update behandelt anhand von Vortrag und Diskussionen neueste Entwicklungen in der aktuellen Rechtsprechung des VwGH zum Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz. Es soll darüber hinaus insbesondere einen Erfahrungsaustausch zwischen den Verwaltungsgerichten ermöglichen.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in: 170 EUR

WESENTLICHE INHALTE

Um die Veranstaltung möglichst im Sinne der Bedürfnisse der Praxis gestalten zu können, werden die Teilnehmer*innen ersucht, vorab etwaige Fragestellungen und Themenwünsche bis zum 5. August 2022 per E-Mail an verwaltungsgerichte@jku.at zu übermitteln.

Termin

06. September 2022, 09.30 – 14.00 Uhr

Veranstaltungsort

Digitale Akademie (Videokonferenz, ZOOM)

Referent

■ **Dr. Clemens Mayr**, Hofrat des VwGH

Anmeldung

bis 15. August 2022 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 1879

verwaltungsgerichte@jku.at

SEMINAR

ZIELFÜHRENDE BEFRAGUNG UND GESPRÄCHSFÜHRUNG

Dieses Seminar vermittelt an zwei Tagen speziell für Richterinnen und Richter, in einer Mischung aus Diskussion, Lehrvortrag und praktischen Übungen, die wesentlichsten Bestandteile der Kommunikation im Rahmen der Befragung und Gesprächsführung.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in:	385 EUR
Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts für das Seminarhotel (1x Übernachtung, 2x Mittagsbuffet und 1x Abendbuffet, 1x Frühstück, Pausengetränke und Snacks, Seminarpauschale):	220 EUR*
	150 EUR**
Gesamtkosten inkl. Seminarpauschale mit Nächtigung:	605 EUR
Gesamtkosten inkl. Seminarpauschale ohne Nächtigung:	535 EUR

(*mit Nächtigung; **ohne Nächtigung)

THEMEN AM 12. SEPTEMBER (VORMITTAG) MIT UNIV.-ASS. IN DR. IN SCHMITTAT

Die Vortragende führt durch die wissenschaftlichen Theorien, Erkenntnisse und Anwendungsbereiche verschiedenster Befragungstechniken. Das kognitive Interview wird genauer beleuchtet. Anhand von Beispielen und kurzen Übungen wird gezeigt, wann und wie offene, geschlossene und suggestive Fragen eingesetzt werden können – und unter welchen Umständen suggestive Fragen besonders gefährlich sind.

Wesentliche Inhalte:

- Befragungstechniken
- Kognitives Interview
- Gedächtnisabruf
- Aussagebereitschaft
- Fragetypen

THEMEN AM 12. SEPTEMBER (NACHMITTAG) UND AM 13. SEPTEMBER MIT BRIGADIER KOHS, MA UND ABTEILUNGSINSPEKTOR MUSCHET

Die Vortragenden behandeln die Bereiche der nonverbalen Kommunikation, der Körpersprache und der Wahrnehmung (selektiv/konstruktiv) sowie der Erkennung von Lüge und Wahrheit.

Termin:

12.09.2022, 9:30 Uhr bis 13.09.2022, 17:00 Uhr

Veranstaltungsort:

Bildungshaus St. Magdalena
(Schatzweg 177, 4040 Linz)

ReferentInnen:

- **Dr. in Susanne Schmittat**, Univ.-Ass. in am Institut für Strafrechtswissenschaften JKU Linz
- **Andreas Kohs, MA**, Brigadier, Landespolizeidirektion Wien
- **Robert Muschet**, Abteilungsinspektor, Landes-kriminalamt Kärnten
- **Mag. a Andrea Haidvoogl**, Richterin für Strafsachen am LG Linz
- **Dr. Markus Brandstetter**, Richter am LVwG OÖ

Anmeldung

Bis 19. August 2022 über Ihr Präsidium
T: +43 732 2468 9451
verwaltungsgерichte@jku.at

Nach der Diskussion über die Anforderungen an Vernehmungsbeamte, Fragetechniken und den richtigen Umgang mit Vernehmungsparteien wird das Seminar mit praktischen Übungen abgerundet.

Wesentliche Inhalte:

- Nonverbale Kommunikation und Körpersprache
- Erkennung von Lüge und Wahrheit
- Anforderungen an Vernehmungsbeamt:innen
- Fragetechniken
- Richtiger Umgang mit Vernehmungsparteien

KAMINGESPRÄCH AM 12. SEPTEMBER (ABEND) MIT MAG. A Haidvoogl und DR. Brandstetter

Im Rahmen eines abendlichen Kamingesprächs erfolgt der Erfahrungs- und Gedankenaustausch zu den Herausforderungen der richterlichen Praxis. Dabei werden in lockerer Atmosphäre konkrete Problemfelder der Befragung und Gesprächsführung fokussiert und Fragen offen diskutiert.

LOHN- UND SOZIALDUMPING

Das Seminar „Lohn- und Sozialdumping“ bietet einen Aufriss über aktuelle Fragestellungen in Bezug auf die jüngst ergangene Novelle zum Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz. In den Blick gerückt werden insbesondere die der Novelle zugrundeliegende Rsp des EuGH und die aktuelle Judikatur des VwGH.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in: 170 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Anpassung der Verwaltungsstrafbestimmungen
- Anpassung des Entsendebegriffs nach Entsende-RL
- Problemaufriss über die Auswirkungen des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs in Bezug auf reine Inlands Sachverhalte

Termin

15. September 2022, 09.30 – 14.00 Uhr

Veranstaltungsort

Digitale Akademie (Videokonferenz, ZOOM)

Referent

■ **Dr. Ronald Faber LL.M.**, Hofrat des VwGH

Anmeldung

bis 16. August 2022 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 1879

verwaltungsgerichte@jku.at

VERHANDLUNGSTRAINING

Im Fokus der Veranstaltung steht das effektive und effiziente Verhandeln, welches sowohl eine höchst professionelle Handhabung des zur Verfügung stehenden prozessualen Instrumentariums als auch eine profunde, über das Aktenstudium hinausgehende, nicht zu unterschätzende Vorbereitung und das geschickte Einsetzen von Kommunikationstechniken voraussetzt. Nur wer weiß, wann und wie er oder sie den Gesprächsverlauf in Verhandlungen lenken kann und welche Mittel hierbei eingesetzt werden, wird in konflikt- und stressbeladenen Situationen den Überblick bewahren und das weitere Prozessgeschehen fest in der Hand behalten.

Schwierige Verhandlungen brauchen neben einer tiefen Kenntnis der Materie eine genaueste Vorbereitung und das Wissen um einen folgerichtigen Verhandlungsablauf. Wachsamkeit für die Gesprächsatmosphäre, Aufmerksamkeit für die leisen Zwischentöne und ein Feingefühl für die Nuancen zwischen den Zeilen sind wichtige Voraussetzung für das Gelingen eines reibungsarmen und produktiven Gespräches. Die richtige Wortwahl, die den beteiligten Personen, dem Thema und der Situation entspricht, zu finden, ist die hohe Kunst der Kommunikation.

Die Veranstaltung richtet sich an Richter*innen mit mehrjähriger praktischer Erfahrung. Für neue Richter*innen wird ein Verhandlungstraining im Rahmen der Einstiegsphase angeboten.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in:	270 EUR
Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts für das Seminarhotel (1x Übernachtung, 2x Mittagessen und 1x Abendessen, 1x Frühstück, Pausengetränke und Snacks, Seminarpauschale)	110 EUR* 60 EUR**
Gesamtkosten inkl. Seminarpauschale mit Nächtigung	380 EUR
Gesamtkosten inkl. Seminarpauschale ohne Nächtigung	330 EUR

(*mit Nächtigung; **ohne Nächtigung)

Termin

19. - 20. September 2022, 09.00 - 17.00 Uhr

Veranstaltungsort

Bildungshaus St. Magdalena,
Schatzweg 177, 4040 Linz

Referentin

■ **Mag.^a Viktoria Bischof-Robinson,**
Präsentationstrainerin, Expertin für
Konfliktmanagement

Anmeldung

bis 31. Juli 2022 über Ihr Präsidium
T: +43 732 2468 1879
verwaltungsgerichte@jku.at

SOZIALHILFE

Im Update wird im Sinne eines „Refresher-Kurses“ die aktuelle Rechtsentwicklung sowie rezente Judikatur des VwGH erörtert. Frau Prof.ⁱⁿ Födermayr wird die gesetzlichen Grundlagen des Themas behandeln, während Herr Hofrat Dr. Hofbauer auf Fälle eingehen wird, die den VwGH in jüngerer Zeit beschäftigt haben.



Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in 190 EUR

WESENTLICHE INHALTE

Im Interesse der Aktualität werden die konkret zu besprechenden Themen erst kurz vor dem Workshop festgelegt. Den Teilnehmer*innen steht die Möglichkeit offen, bis Ende Oktober, Wünsche nach Behandlung bestimmter Fragen unter verwaltungsgerichte@jku.at bekannt zu geben.

Termin

24. November 2022, 09.30 – 14.00 Uhr

Veranstaltungsort

Digitale Akademie (Videokonferenz ZOOM)

Referent*in

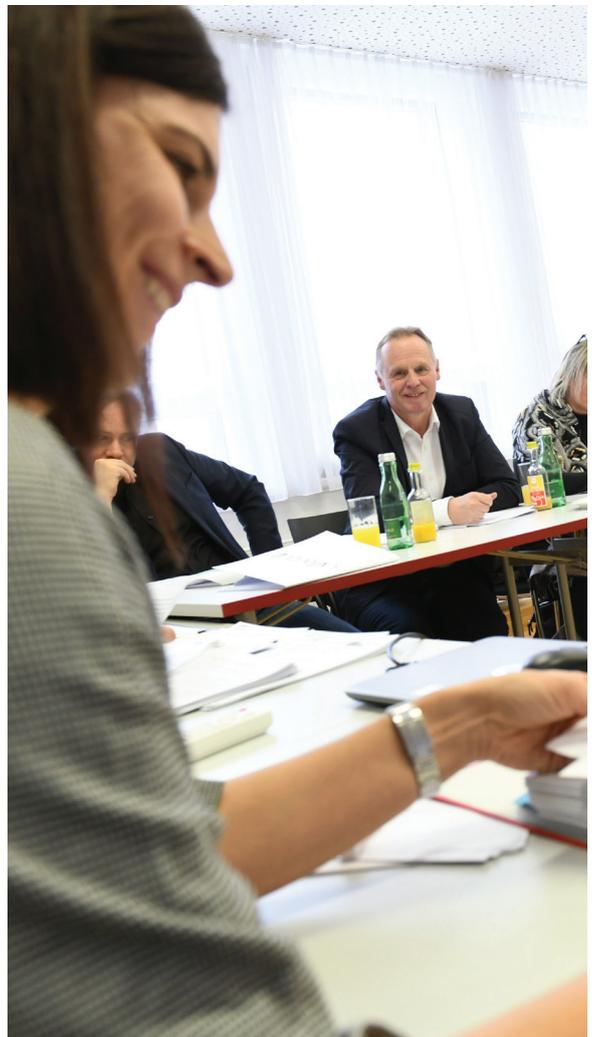
- **Dr.ⁱⁿ Barbara Födermayr**, Univ.-Prof.ⁱⁿ für Arbeits- und Sozialrecht, JKU Linz
- **Dr. Helmut Hofbauer**, Hofrat des VwGH

Anmeldung

bis 30. Oktober 2022 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 1879

verwaltungsgerichte@jku.at



SEMINAR

LEBENSMITTEL- SICHERHEITSRECHT

Das Seminar behandelt aktuelle Entwicklungen, Judikatur und Praxisfragen des Lebensmittelsicherheitsrechts. Ein besonderer Blick wird dabei auf die jeweiligen Rollen der unterschiedlichen Akteure im verwaltungsgerichtlichen Verfahren (Verwaltungsgericht, Behörde, Lebensmittelunternehmen, Sachverständige, AGES) samt dem 2022 neu eingerichteten Bundesamt für Verbrauchergesundheit gerichtet. Nach einem einleitenden Vortrag mit Schlaglichtern aus anwaltlicher Perspektive wird breiter Raum auch dem wechselseitigen richterlichen Erfahrungsaustausch gegeben.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer*in: 190 EUR

WESENTLICHE INHALTE

Um die Veranstaltung möglichst im Sinne der Bedürfnisse der Praxis gestalten zu können, werden die Teilnehmer ersucht, vorab etwaige Fragestellungen und Themenwünsche bis zum 01. Dezember 2022 per E-Mail an verwaltungsgerichte@jku.at zu übermitteln

Termin

15. Dezember 2022, 09.30 – 14.00 Uhr

Veranstaltungsort

Digitale Akademie (Videokonferenz ZOOM)

Referent

- Dr. Matthäus Metzler, LL.M., Rechtsanwalt
- N.N.

Anmeldung

bis 15. November 2022 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 1879

verwaltungsgerichte@jku.at

AUSBLICK: WEITERE VERANSTALTUNGEN 2022

- Vernehmungstechnik
- Effiziente Verfahrensführung - Austausch Entwicklung von best practice (Planung des Verfahrens, rechtliche und faktische Instrumente, Umgang mit Verzögerungstaktiken, Einsatz von digitalen Instrumenten usw.)
- Die Rolle der/des Sachverständigen im verwaltungsgerichtlichen Verfahren
- Das Kindeswohl im verwaltungsgerichtlichen Verfahren (Teil 1)

Die Details zu diesen und allenfalls weiteren Veranstaltungen werden zeitgerecht sowohl über Ihr Präsidium bekanntgegeben, als auch auf der ÖAVG-Homepage <https://www.jku.at/oesterreichische-akademie-derverwaltungsgerichtsbarkeit/> veröffentlicht.